

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Höfstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Lernen wir aus der Geschichte!

„Setzt die Hohenzollern ab und beseitigt den Militarismus, dann werden wir dem deutschen Volke einen blühenden Frieden gewähren.“ Das haben die Machthaber der Entente uns während des Krieges amtlich und nichtamtlich oft genug gesagt. Nun ist ja der deutsche Michel schwerfällig, besonders in politischen Dingen. Daher bedurfte es erst 51 langer Kriegsmomente, bis er dahinterkam, was man von ihm wollte. Erst mußte der deutsche Militarismus so gründlich abgewirtschaftet haben, daß er seine Ohnmacht selber eingestand, so daß selbst die verbohrtesten Alldutschen es vorzogen, den großen Mund zu halten. Man konnte nun aber noch im Zweifel sein, wie die Sache sich weiterentwickeln würde, ob das deutsche Volk sich mit der Vertreibung der Hohenzollern begnügen und all die vielen anderen deutschen Fürsten auf ihren Thronen und Thronchen sitzen lassen würde, zumal da sich unter den deutschen Fürsten auch einige verhältnismäßig harmlose und anständige Herren befanden. Die Umwandlung in eine Republik konnte dadurch in Deutschland schwieriger werden, als sie sich jetzt in verschiedenen anderen Staaten vollzogen hat. Aber nein, nachdem der deutsche Michel einmal in Form geraten war, machte er gleich gründliche Arbeit und rief vom Bodensee bis zur Königsau, von der Mosel bis an die Memel die Republik aus. Außerdem vollzog sich der Abzug Wilhelms des letzten so, daß daneben der in den preussischen Schul-Geschichtslehrbüchern nach Strich und Faden geschmälzte dritte Napoleon noch als ein Held erscheint, und diese Tatsache hat nicht wenig dazu beigetragen, manchen stammigen Monarchisten in Deutschland zum Republikaner zu machen.

Nach dem Ausgang der Nationalwahlen ist jedoch in Deutschland die Republik gesichert, vorausgesetzt, daß unser aus unzähligen Wunden blutendes Vaterland endlich im Innern zur Ruhe kommen wird. Auch davon, und ferner von der Wiederbelebung der deutschen Volkswirtschaft und nicht zum wenigsten von der Behandlung durch seine Gegner im Kriege wird es abhängen, wie weit der Demokratisierung unseres Staatswesens auch die Sozialisierung unserer Volkswirtschaft folgen kann. Darüber bei anderer Gelegenheit mehr.

Außer mit der Neugestaltung der deutschen Verfassung wird die Nationalversammlung sich mit dem Friedensvertrag zu beschäftigen haben, soweit bei diesem Frieden überhaupt noch von einem Vertrage die Rede sein kann. Bis jetzt haben wir den Waffenstillstand nur unter solchen Bedingungen haben können, daß mancher Deutsche sich mit Schreden fragt: Wie mag erst der Friede ausfallen? Immerhin kann man vom Standpunkte der Gegner Deutschlands verstehen, daß sie durch den Waffenstillstand das zu vollenden suchten, was sie durch den Kampf noch nicht völlig erreicht hatten, nämlich Deutschland gänzlich wehrlos zu machen. Das ist nun ja auch gründlich genug geschehen und als nächste Folge haben wir zunächst den Uebermut der Machthaber Frankreichs zu spüren bekommen, dieselben Frankreichs, das aus eigener Kraft nie und nimmer instande gewesen wäre, Deutschland zu besiegen. Die Machthaber Frankreichs beweisen damit, daß sie aus der Geschichte nichts gelernt haben. Jetzt sehen wir, daß die jetzigen französischen Machthaber um kein Haar besser sind und daß ihr Treiben geeignet ist, in Deutschland auch bei solchen tiefen Haß zu erregen, die bisher noch vom Völkerverhaß frei waren. Wohlten denn, lernen wir aus der Geschichte! Ewig wird Deutschland nicht in seiner Ohnmacht bleiben. Wie leicht kann sich später das Blatt wenden und sich die Gelegenheit bieten, den Franzosen zu Gemüte zu führen, wie schwer den Deutschen in den Jahren 1918 und 1919 Unrecht getan wurde. Wenn wir aber wirklich aus der Geschichte lernen wollen, so dürfen wir es nicht als unsere Aufgabe ansehen, dann wieder unsere Rache an Frankreich auszuüben. Es darf nicht nur nicht wieder zu einem sogenannten Revanchekriege gegen Frankreich kommen, sondern Deutschland hätte sich dann auch aller mittelbaren Maßnahmen zu enthalten, die Frankreich schaden könnten. Wir betonen dies auf die Gefahr hin, daß eine solche Ansicht in Frankreich nur Hohn und Spott finden wird.

Einmal muß aber doch mit dem Völkerverhaß ein Ende gemacht werden!

Das soll jedoch keineswegs bedeuten, daß wir nunmehr in Liebesdienerei gegen die anderen Völker zerfließen sollen. Das müssen wir uns besonders jetzt vor Augen halten, wo die Machthaber der Entente sich bemühen, alle Schuld am Kriege auf Wilhelm von Hohenzollern und seine Ratgeber abzuladen. Wir fühlen uns gewiß nicht veranlaßt, diese Leute in Schutz zu nehmen, müssen aber doch betonen, daß nicht sie allein schuld am Kriege sind. Soweit Personen zu beschuldigen sind, gibt es deren in den Regierungen der Ententestaaten ebenfalls genug. Aus diesem Grunde war das Vorgehen Eisners, das darauf hinauslief, den verflochtenen deutschen Machthabern die ganze Schuld zuzuschreiben, ein Fehler, ein so großer Fehler, daß selbst die Machthaber der Entente sich schämen, sein Angebot anzunehmen. In manchem Deutschen steckt mehr von der sprichwörtlichen deutschen Bediensthaftigkeit als er ahnt.

Jetzt ist für uns die Zeit zur Selbstbefinnung. Fort mit den letzten Resten von Militarismus und Eroberungslust. Es wird uns unter den jetzigen Zuständen leicht werden, sie loszuwerden. Unsere Gefinnung darf aber auch nicht ins Gegenteil umschlagen. Wir Deutschen sind ein Volk der Arbeit und dürfen uns als solches unseres Wertes bewusst sein. Arbeiten wir, aber so, daß der Ertrag unserer Arbeit nicht hauptsächlich dazu dient, eine verhältnismäßig kleine Gruppe in hohem Maße zu bereichern, sondern daß er der Gesamtheit zugute kommt. Das ist das zweite, das wir aus der Geschichte lernen müssen. Geschieht dies, so werden wir das Unheil, das die nächste Zukunft uns bringen wird, ebenfalls überwinden können.

Kollegen! Sorgt dafür, daß alle vom Heer zur Entlassung gelangenden Verbandskollegen sobald wie möglich sich wieder bei der zuständigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anmelden.

Übernationales Weltbürgertum

Schon lange vor dem Weltkrieg führte der Weltverkehr zu einem regen Austausch sachlicher und geistiger Güter von Land zu Land, gab es viele Vereinigungen und Veranstaltungen, die über die Grenzen eines Staates hinausgingen und so internationales Gepräge annahmen. Doch hat diese „Flutwelle von Internationalismus“ (ein Ausdruck, den Theodor Roosevelt kurz vor Kriegsausbruch prägte) den großen Krieg nicht verhindern können, ja die nationalen Gegensätze waren in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch sogar stark gesteigert. Der „Internationalismus“, der damals herrschte, war eben nicht darauf angelegt, ein übernationales Denken und Empfinden aufkommen zu lassen, er bestand in der Hauptsache in einem Austausch von Waren und Gedanken, der dem nationalen Zwecke dienlich gemacht wurde. Was sollte er denn auch sonst sein? Begriffen doch vor der blutigen Lehre des Weltkrieges nur wenige Leute daß es über den nationalen Zweck stehende Menschheitszwecke gibt!

Trotz des Weltverkehrs kannten die Völker einander so wenig, daß sie ohne Bedenken den Hauern glaubten und folgten, die sie zum mörderischen Kampf gegeneinander trieben. Lange vorher waren die gläubigen Staatsbürger damit in steter Angst gehalten worden, daß man ihnen unablässig vorsetzte, der Bestand der nationalen Gemeinschaft sei in Gefahr. Diese Angst quälte den Engländer ebenso wie den Deutschen und den Franzosen. Deshalb war es nicht schwer, den Gegensatz gegen außen zur höchsten Erbitterung, zur Massenbeeinflussung zu steigern, die nur die Stimme bestimmter Leidenschaften hören will und hören kann, die den Völkervertrag möglich machte.

Der Nationalismus mag kurz vor der Weltkatastrophe eine starke Stetigerung erfahren haben, aber er ist doch eine uralte Erscheinung. Jahrausende hindurch haben selbstsüchtige Herrscher und Führer das nationale Selbstgefühl der Völker aufgemailt und mißbraucht. „Gott hat uns auserwählt vor allen Völkern“, war nicht nur die Meinung der Juden, für die sie angeblich durch den Fluß der Jerichoströmung bestraft wurden, sondern fast jedes Volk hält sich für das durch eine höhere Macht bevorzugte. Die einen nennen sich „La Grande Nation“ und die andern sagen: „An deutschem Wesen soll die Welt genesen.“ Den Engländern ist die Auserwähltheit ihres Volkes vollends selbstverständlich, können sie doch so leicht beweisen, daß kein anderes Volk so sehr erfolgreich war wie das ihre.

Das sind Ueberhebungen. Doch wäre es falsch, wenn man den Bestand völkischer Eigenarten leugnen wollte, die sich im Lauf der Entwicklung und Ausbreitung der Menschheit unter dem Einfluß der überall anders gearteten Umwelt und der Anpassung an diese herausbilden. Aber die nationalen Unterschiede, die Verschiedenheiten der Kultur, schließen ein übernationales Gemeinschaftsgefühl und internationales Zusammenwirken in allen Fällen nicht aus, wo es sich um die Angelegenheiten von mehr als einer Nation handelt. Verhindert wurde das Aufkommen eines übernationalen Weltbürgertums bisher nur durch die Herrschaftsorganisationen der Staaten, die sich bemühten, das in mangelndem Sichkennen und in mangelnder Anpassung aneinander begründete Gegenfahrgelühl der Völker soviel wie möglich zu steigern, um damit Sonderzwecke der Herrschenden zu wahren.

Kaufleute, Künstler, Gelehrte und Arbeiter sind von Volk zu Volk gekommen, wirtschaftliche und wissenschaftliche Kongresse wurden abgehalten, die Völker lernten in die Weite blicken, aber sie haben sich dennoch nicht richtig aneinander anzupassen verstanden und sie haben noch nicht gelernt, auf die Eigenarten und berechtigten Zwecke der anderen Rücksicht zu nehmen. Die starke Betonung und rücksichtslose Verfolgung der nationalen eigenen Zwecke, die bisher gepflogen wurde, muß jedoch zu fortwährenden Streitigkeiten führen, die dem Menschheitsinteresse entgegenstehen.

Übernationales Weltbürgertum kann nur dann aufkommen, wenn im Verkehr von Volk zu Volk die rücksichtslose Verfolgung der selbstsüchtigen Zwecke ein Ende findet und wenn der Rassen- und Völkerverhaß überwunden wird, der in der falschen Annahme wurzelt, daß das Fremde zugleich feindlich sei. Freundschaft kann nur dann an die Stelle von Feindschaft treten, wenn Eigenlust und Haß verschwinden, wenn die Völker einander als gleichberechtigt anerkennen und behandeln. Nur gleichberechtigte und freie Völker können in internationaler Gemeinschaft harmonisch zusammenwirken, kein Volk darf über ein anderes herrschen und es ausbeuten oder sonst seinen Zwecken dienlich machen. Jeder Verstoß gegen diesen Grundsatz muß uns immer wieder zurückbringen zur feindlichen Leidenschaft nationaler Gegensätze, zu Haß und Kampf. Die Unfreiheit und Ungleichheit des Rechtes im Staate die einzelnen dem Staate entfremdet, so daß sie sich weit leidenschaftlicher als Genossen einer unterdrückten Klasse denn als Staatsbürger fühlen, so wird auch jeder Angehörige eines vergenaltigten Volkes den Gegensatz zu anderen Völkern weit leidenschaftlicher empfinden als den Zusammenhang mit der internationalen Gemeinschaft. Vergewaltigung eines Volkes würde ganz zweifellos bedeuten, daß bei ihm weltbürgerliches Denken und Fühlen nicht entstehen kann, daß es vielmehr vom Nationalismus befangen bleibt. Deshalb muß der kommende Völkerbund unbedingt den Grundsatz hochhalten, daß kein Volk Vorkrechte besitz, noch irgendwie Gewalt gegen ein anderes Volk ausüben darf. Hoffen wir, daß der Bund freier und gleicher Völker bald Wirklichkeit wird, daß die bisherigen Staatsgrenzen an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung verlieren und dafür das Weltbürgertum immer mehr zum Durchbruch kommt.

Lohnverhältnisse in der neuen Wirtschaftsordnung

Stellungnahme eines Betriebsleiters zur Akkordfrage.

Unsere heutige wirtschaftliche Lage verlangt neben anderem vorab zwingend die Ausschaltung aller nutzlosen Arbeit. Dazu gehören zum Beispiel die Reibungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum auf Gebieten, auf denen unseres Erachtens bei einem beiderseitigen Verständigungswillen ein innerer Gerechtigkeitsfriede zwanglos erreichbar ist; das trifft zu für die Fragen der Entlohnungssysteme.

Die Sicherstellung eines auskömmlichen Mindesteinkommens für jeden Angestellten eines Unternehmens gehört zu den berechtigten und deshalb zu gewährenden Forderungen des Tages. Deshalb braucht aber das Akkordsystem als solches mit seinen Vorteilen für beide Teile keineswegs zu fallen, es muß vielmehr bestehen bleiben, wenn Unternehmer und Arbeiter mit günstigstem Wirkungsgang arbeiten wollen. Notwendig erscheint uns aber, daß an Stelle des reinen Akkordsystems der Akkord mit garantiertem Mindestlohn tritt.

Nur die Eigenart des Akkordes sichert innerhalb eines Unternehmens die „freie Wahl dem Lächigen“. Die große Masse der vorwärtsstrebenden Arbeiter kann deshalb auf die Akkordentlohnung gar nicht verzichten. Nur diese garantiert gleicher Leistung gleichen Verdienst, während die jetzt geforderten Stundenlöhne unter Berücksichtigung der menschlichen Eigenarten (verschiedene Leistungsfähigkeit, verschiedener Wille zur Arbeit usw.) das un-demokratische Ergebnis: gleichen Verdienst bei gänzlich verschiedener Leistung, unweigerlich zur Folge haben würden. Die innere Verdringung, die jeder strebende Arbeiter in seiner Arbeit sucht, ist erfahrungsgemäß nicht allein an die Höhe der Einnahme gebunden. Der Arbeiter will vielmehr diese Einnahmen unbedingt als Funktion seiner Leistung erkennen, oder mit anderen Worten: er will nicht sehen, daß ein Arbeitskollege bei geringerer Leistung ebensoviel verdient wie er selbst. Diese Erkenntnis ist in jedem Betriebe täglich aufs neue festzustellen.

Ferner ist zu betonen, daß die Arbeiterkraft wohl mit Recht erflärt, daß sie reich sei, die durch Einführung des Achtstundentages verfügbare tägliche Ruhe von 16 Stunden im Interesse ihres körperlichen und geistigen Wohles vorteilhaft zu nutzen. Dann darf und muß man auch annehmen können, daß die Arbeiterschaft ebenfalls reich ist, die 8 Stunden Arbeitszeit sich so einzurichten, daß ihr körperliches und geistiges Wohl dabei nicht leidet. Damit ist aber das alte Kampfwort: „Akkordarbeit — Akkordarbeit“ gegenstandslos geworden.

Die Arbeiter sollten selbst die Durchführung einer wissenschaftlichen Betriebsführung verlangen, damit sie in die Lage versetzt werden, bei gesundem Haushalten mit ihren Kräften gegen gute Stückentlohnung eine wirtschaftliche Höchstleistung herauszuholen.

Im Interesse des Unternehmers verlangt der notwendige Zusammenhang zwischen Preisbildung und Bilanzabschluss und zwischen Vor- und Nachkalkulation zwingend eine feste Abhängigkeit zwischen Lohn und Leistung.

Welche Form für die Verbindung des beizubehaltenden Akkordsystems mit dem garantierten Mindestverdienst gewählt wird, dürfte ohne ausschlaggebende Bedeutung sein. Uns scheint neben anderen das bereits mehrfach eingeführte Zeitalkordsystem im Prinzip geeignet, bei praktischer Durchführung neben einfacher Abrechnung und ausreichender Sicherung der Selbstkostenrechnung jedem einen seine Verhältnisse berücksichtigenden Verdienst zu sichern. (Beim Zeitalkord ist: Akkordverdienst gleich gewählter Akkordzeit mal Stundenlohn, der Mindestverdienst, gleich Lohn mal wirklich geleisteter Arbeitsstunden.) Dieses Zeitalkordsystem hat eine Reihe von Vorteilen, die nicht genügend bekannt und gewürdigt sind.

Der Zeitalkord hält die beiden dem Akkordwert ausmachenden Faktoren: Akkordzeit und Bewertung derselben, berechnungsmäßig auseinander. Dieses ist deshalb so wertvoll, weil beide auch tatsächlich durch ganz verschiedene Ursachen beeinflusst werden, denn die Akkordzeit ist eine Funktion der Arbeit, während die Bewertung derselben eine Funktion der Kaufkraft des Geldes ist. Bei gleichbleibender Arbeit bleiben die Akkordzeiten fest bestehen. Der Kaufkraft des Geldes wird jederzeit durch einen der Lenkungsverhältnisse (ebenfalls auch sozialen Verhältnissen, das heißt, ob an junge, alte, ledige oder verheiratete Arbeiter zu zahlen) angepaßter Lohnsatz Rechnung getragen. Die Festlegung dieses Lohnsatzes unterliegt für die gleichartigen Bezüge und die gleicher Konjunktur unterworfenen Unternehmergruppen gleichartig einer Regelung von Verband zu Verband.

Die Akkordberechnung ist beim Zeitalkord mit der Bestimmung der für die Arbeit aufzuwendenden Zeit erledigt. Eine Veränderung der vielen tausenden Akkorde eines größeren Unternehmens ist beim Zeitalkord nur dann notwendig, wenn die Arbeit sich ändert.

Die auf den Arbeitsscheinen angegebenen Zeitalkorde ermöglichen den Betriebsleitern eine leichte Ueberprüfung über die belegte Wertzeit ihrer Arbeitsplätze. Endlich — und diesen Vorteil möchten wir besonders betonen — nimmt diese Bekanntgabe der Wertzeit — das ist der Zeitalkord — dem Arbeiter die Ungewißheit über seine Einnahmen, denn vorab ist es dem Arbeiter eher möglich, die Richtigkeit eines Akkordes an Hand der ihm genannten Zeit als nach einem Geldwert zu beurteilen, und vor allem ist er nach Erledigung eines jeden Akkordes durch Vergleichen der ihm bewilligten mit der gebrauchten Zeit imstande, sofort zu übersehen, ob er seinen Mindestlohn oder einen Ueberlohn herausgearbeitet hat. Damit fällt dann erst recht die von den alten Gegnern des Akkordsystems behauptete Gefahr der körperlichen Schädigung wegen Ueberanstrengung.

Ueber allem „Für und Wider“ steht selbstverständlich die Verbindung, daß unabhängig von der Art des Akkordsystems die Akkorde richtig ermittelt werden. Die Nichtbeachtung dieser Grundlage dürfte in den meisten Fällen der eigentliche Grund zu den Klagen gegen das ganze System sein.

Nur die Kalkulatoren werden in der Lage sein, sich das Vertrauen der Unternehmer und Arbeiter zu erwerben, die auf Grund neuentwickelter technologischer Kenntnisse die eigentlichen Maschinenzeiten errechnen können und die Handzeiten gestützt auf eine ausreichende praktische Schulung zu schätzen verstehen, und welche ferner alle Ueberlegungen

nahmen daran teil: Herr: Direktor Dillenius von der Firma Stroh in Kornwestheim, Direktor Ullmer der Wochwerke in Stuttgart und der Geschäftsführer des Industriellenverbandes Herr Major Bürger, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband nahmen Bezirksleiter Schäd (Stuttgart) sowie Geschäftsführer Geiger (Heidelberg) an den Verhandlungen teil. Weiter beteiligte sich daran der Arbeiterausschuss sowie vorgenannte Kommission. Die Auseinandersetzungen waren ziemlich heftiger Natur und es fehlte hierbei nicht auch an Vorwürfen gegen die Firma: besonders waren es die Arbeiter des eigenen Betriebes, die in dieser Beziehung wahrlich nicht zu farg waren. Zuerst wurde jedes Zugeständnis, das die Firma machte, einstimmig abgelehnt. Die Firma zog sich mehrmals zu Beratungen zurück. Hauptächlich war es die Frage der Akkordarbeit, die die größte Zeit in Anspruch nahm und bei der der heftigsten Vorwürfe erhoben wurden. Es muß hierbei gesagt werden, daß die Vertreter des Industriellenverbandes alles versuchten, eine Einigung zu erzielen. Die Firma erklärte sich dann bereit, an 43 Maschinen die Akkordarbeit abzuschaffen. Das Nähere hierüber ist in der folgenden Vereinbarung enthalten. Was die Löhne anbelangt, kam die Firma der Arbeiterschaft weitgehend entgegen. Der Schreinermeister Vogel, der größte Lohnunternehmer unter den drei genannten, wird in eine andere Abteilung versetzt. Bei den beiden anderen finden eingehende Untersuchungen statt; die Firma erklärte sich bereit, wenn wirkliche Gründe vorliegen, auch hierin tunlichst eine Verringerung herbeizuführen. Von einer sofortigen Verringerung könne jedoch keine Rede sein, da die beiden eine Stellung einnehmen, die nicht von heute auf morgen durch andere Kräfte ersetzt werden könne. Die Vereinbarung hat folgenden Wortlaut: Bei den heutigen Verhandlungen mit dem erweiterten Arbeiterausschuss im Beisein der Herren Direktor Dillenius, Direktor Ullmer und Major Bürger von Seiten des Verbandes Württ. Metallindustrieller sowie der Arbeitersekretäre Schäd und Geiger wurde folgendes vereinbart: Zu Punkt 1 der Eingabe vom 13. Januar: Die Akkordarbeit bleibt im allgemeinen bestehen, jedoch wird sie bei 43 näher bezeichneten Maschinen in Vohreret, Stokeret, Hoblerei und Schleiferei abgeschafft. Die Firma wird die Akkord so regeln, daß die Arbeiter der einzelnen Abteilungen die in Punkt 2 aufgeführten Löhne bei durchschnittlicher Arbeitsleistung verdienen können. Bei Meinungsverschiedenheiten ist die bestehende Kommission anzurufen. Diese Kommission hat der Meister sofort zusammenzurufen, sobald sie von einem Arbeiter verlangt wird. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist sofort die Betriebsleitung anzurufen. Kommt auch hier eine Einigung nicht zustande, so ist die Geschäftsleitung selbst anzurufen. Von dort werden unerledigte Beschwerden zur Entscheidung den beiden Organisationen unterbreitet. Wartezeit oder vorübergehende Tagelohnarbeit soll im Durchschnittsverdienst bezahlt werden. — Zu Punkt 2. Die Akkordsätze werden so festgesetzt, daß bei durchschnittlicher Leistung und bei 48ständiger wöchentlicher Arbeitszeit einschließlich aller Zulagen folgende Stundenverdienste erzielt werden können: 1. Gelehrte Facharbeiter, wie Schlosser, Dreher, Formner, Schmiede, Messerschmiede und Schreiner 1,80 M die Stunde, 2. angelehrte Maschinenarbeiter, wie Hobler, Bohrer, Fräser, Stoker, Rundscheifler, Zylinderscheifler, Maschinenformner, Walzenformner 1,60 M die Stunde, 3. gelehrte Arbeiter und angelehrte Maschinenarbeiter, die dauernd im Tagelohn arbeiten, wie Anreißer, Reparaturschlosser, Werkzeugschlosser, Werkzeugdreher, Kupferschmiede, Glaschner, Holzdreher, Elektriker erhalten einen Stundenlohn, der dem durchschnittlichen Akkordverdienst eines gleichwertigen Arbeiters entspricht. 4. Stundenlohnarbeiter, wie Zimmerleute, Steinhauer, Maurer, Maler, Gipser, Glaser, Gießereischlosser, Feizer, Maschinisten, Motorenwärter, Gussputzer, Fernmacher, Ofenmächte und Zuschläger erhalten 1,20 bis 1,40 M die Stunde. 5. Die Stundenlöhne der Hilfsarbeiter sollen betragen: Ueber 18 Jahre 0,80 bis 1,10 M die Stunde (Kranführer mit eingeschlossen), von 16 bis 18 Jahren 0,60 bis 0,80 M die Stunde, von 14 bis 16 Jahren 0,40 bis 0,60 M die Stunde. 6. Eine Verringerung der Verdienste nach oben findet nicht statt. 7. Vorstehende Regelung soll für alle Arbeiter eine Erhöhung ihres jetzigen Verdienstes um mindestens 10 v. H. mit sich bringen. — Zu Punkt 3. Die Entlohnung der Lehrlinge regelt sich nach den Richtlinien des Kriegswirtschaftsministeriums vom 30. Dezember 1917 bzw. 17. September 1918. — Zu Punkt 4. Ist durch Punkt 2 erledigt. — Zu Punkt 5. Die Arbeitszeit beträgt täglich nicht über 8 Stunden, sie beginnt morgens um 8 Uhr und endet abends um 1/2 Uhr. Sie wird unterbrochen von einer Mittagspause von 12 bis 1/2 Uhr, jedoch ohne Vesperpause. Die Festsetzung der Arbeitszeit ist eine vorläufige. — Zu Punkt 6. Ueberstunden werden nur in dringenden Fällen geleistet. Wo solche notwendig sind, werden dieselben bei Lohn- und Akkordarbeit mit 25 v. H. und 50 v. H. Zuschlag bezahlt. — Zu Punkt 7. Die Lohnzahlung erfolgt 14täglich, und zwar Freitag. An den blauen Freitagen wird eine Abschlagszahlung in Höhe von circa 75 v. H. des Durchschnittswochenverdienstes geleistet. — Zu Punkt 8. Die circa 10 Leute, die am 1. August 1914 bei der Firma beschäftigt waren und während des Krieges ausgetreten sind, sollen tunlichst wieder eingestellt werden. — Zu Punkt 9. Der 13. Januar wird am nächsten Sonntag sämtlichen Arbeitern zum bisherigen Durchschnittsverdienst entschädigt. Vorstehende Abmachungen treten mit Beginn der nächsten Lohnperiode, das heißt mit dem 20. Januar in Kraft. — Von unserm Geschäftsführer wurde bei den Verhandlungen noch dringend gewünscht, daß alle Arbeiter, die ein Jahr bei der Firma beschäftigt sind und unter die Lohngruppen zwischen 80 S bis 1,10 M fallen, also bei Hilfsarbeitern, und von 1,20 bis 1,40 M bei Gießereischlossern und dergl., die Höchsthöhe erhalten sollten, wogegen der Vorstehende der Verhandlungen, Herr Direktor Dillenius, seine Zustimmung gab. Wir wünschen dringend, daß die Firma so verfährt. — Am 15. Januar fand dann in der Turnhalle die Schlussversammlung statt. In derselben referierte zunächst der Geschäftsführer über die Verhandlungen und Zugeständnisse und empfahl der Versammlung dringend, die weitgehenden Zugeständnisse der Firma anzunehmen. Die Aussprache war eine äußerst stürmische. Zunächst bestand die Gefahr, daß die Arbeiter die Arbeit nicht aufnehmen würden, zwar nicht wegen der Zugeständnisse, sondern wegen dem Umstand, daß der Kalkulator Lupp und der Ingenieur Koppenhöfer nicht sofort von ihrem Posten entfernt werden. Die hiesige Betriebsleitung und auch die Bezirksleitung erklärten jedoch, daß diese beiden Personen einen Hinderungsgrund für die Arbeitsaufnahme nicht bilden dürften. Es kostete alle Mühe, die Arbeiterschaft von dieser ihrer verkehrten Meinung abzubringen. Es liegt nun an der Firma, die Vereinbarungen so einzuführen, das heißt, ihre Meister dementsprechend anzuweisen, daß weitere Störungen nicht entstehen. Soweit es an der Betriebsleitung liegt, wird sie alles tun, vermittelnd zwischen Firma und Arbeitern zu wirken. An der Arbeiterschaft aber liegt es, das Ertrugene hochzuhalten und den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Der Arbeiterschaft der Firma Wohl liegen wir bringen ans Herz, wenn irgend jemand zu seinem Rechte nicht kommen sollte, den Beschwerdeweg einzuhalten. Mit dem Kalkulator Lupp hat niemand mehr etwas zu schaffen. Wird beim Meister eine Einigung über den Kreis unter Hinzuziehung der Kommission nicht erzielt, so steht jedermann der Weg zur Betriebsleitung und zur Firma offen. Kommt auch hier eine Einigung nicht zustande, so ersuchen wir jeden einzelnen, auf Verbandsbureau zu kommen. Von hier aus werden wir dann an den Industriellenverband herantreten. Arbeiter von Heidenheim! Laßt euch zu keinen Falschen hinführen, wenn wir euch brauchen, dann werdet ihr schon von der Betriebsleitung gerufen. Verweigert aber Leute, die keine Verantwortung auf sich nehmen und nehmen können, die Gefolgschaft.

Die Löhne für Notstandarbeiten wurden, als nicht auskömmlich, einer scharfen Kritik unterworfen. Ueber die Tätigkeit des Vorkomitees berichtete Kollege Schreiber. Nach seinen Ausführungen ist bei den Unternehmerbeitenden recht wenig Verständnis für die Not der Arbeiter und deren Beschäftigung vorhanden, und es wird aller Anstrengung bedürfen, um einigermaßen menschenwürdige Zustände auf diesem Gebiet zu schaffen. Von den Kollegen Jäger, Sauppe und Herz wurden die Versuche der Unternehmer, die Arbeitslosigkeit zur Herabdrückung der Löhne zu benutzen, scharf getadelt. König unterzog das politische Verhalten des Kollegen Schreiber einer mehr persönlichen als sachlichen Kritik. König und mehrere andere Redner verlangten, Schreiber solle sich der am Orte befindlichen unabhängigen Mehrheit anschließen, was, da von den Metallarbeitern bezahlt würde, einfach seine Pflicht wäre und er andererseits gegen die Interessen der Arbeiterschaft arbeite. Von anderen Rednern wurde entgegengehalten, daß Schreiber in gewerkschaftlicher Beziehung voll seine Pflicht erfüllt, stets die Interessen unserer Kollegen gewahrt habe, was auch durch Zwischenrufe aus der Versammlung bestätigt wurde. Schreiber erwiderte in längerer Ausführung sachlich auf die erhobenen Anschuldigungen, er betonte, daß er sich in politischer Beziehung keiner Maulkorb anlegen lasse. Seine Pflicht als Gewerkschaftsbeamter habe er jederzeit voll und ganz erfüllt, auch in den vier schweren Kriegsjahren. Das Verlangen der gegnerischen Redner zwinge zur Befinnungsluxurei und dagegen vermahnte er sich ganz entschieden. Nach weiterer, sehr erregter Aussprache ergibt sich nur noch das Verlangen, Schreiber solle sich während seiner Tätigkeit auf dem Bureau agitatorischer Arbeit auf politischem Gebiet enthalten. Eine Entschließung hierüber wurde nicht gefaßt, es erfolgte wegen vorgerückter Zeit der Schluß der Versammlung.

Böhrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Oktober 1918.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Oktober 1918	Arbeitslos gendebt haben sich vom 1. bis 31. Oktober 1918	In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 31. Oktober 1918	Arbeitslos waren noch am 31. Oktober 1918
Gas- u. Wasser-Rohrleger	—	23	21	2
Helfer	—	48	43	5
Heizungs-Monteur	—	5	5	—
Helfer	—	28	25	3
Zusammen	—	104	96	8

Arbeitsnachweisbericht für November 1918.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Nov. 1918	Arbeitslos gendebt haben sich vom 1. bis 30. Nov. 1918	In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 30. Nov. 1918	Arbeitslos waren noch am 30. Nov. 1918
Gas- u. Wasser-Rohrleger	2	106	43	63
Helfer	3	125	96	29
Heizungs-Monteur	—	51	22	29
Helfer	3	39	18	21
Zusammen	8	321	179	142

Rundschau

Über die Arbeiten der Sozialierungskommission

Berichtete Wolffs Telegraphenbureau am 19. Januar folgendes: Zunächst hat die Kommission in einem Beschluss, der seinerzeit der Presse im Wortlaut mitgeteilt worden ist, die Grundlage ihrer Arbeit festgestellt, nämlich dahin, daß die Sozialierung sich von allem Schematismus freihalten und daß Umfang und Form der Sozialierung genau den verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Industrien angepaßt werden müssen, um die Produktion nicht zu beeinträchtigen. In erster Reihe wurde mit den Vertretern der Kriegswirtschaftsleitung und des Demobilisationsamts die Frage besprochen, auf welche Weise sich der Staat in der Kriegswirtschaft bestimmenden Einfluss auf den Gang der Produktion und des Absatzes in den Industrien verheißt habe, ferner die Frage nach dem Grade der Zusammen- und Stillelegungen und nach den Gesichtspunkten, die dafür maßgebend gewesen seien. Insbesondere beschäftigte sich die Kommission mit solchen Industriezweigen, in welchen das Verhältnis zwischen den vorhandenen Anlagen und den Möglichkeiten einer Beschäftigung besonders groß geworden ist, so daß der Gedanke eines Eingriffs zum Zwecke der Rationalisierung nahegelegt wird. Da nun die Kommission bei Gelegenheit dieser Besprechungen erfuhr, daß in den Kreisen der Interessenten das Bestreben nach Aufhebung der Kriegszwangswirtschaft und damit nach Wiederherstellung des früheren unrationellen Zustandes im Wachen sei, so reichte sie bei dem Rat der Volksbeauftragten den ausführlich motivierten Antrag ein, die Zwangsorganisationen im einzelnen Falle nur in Uebereinstimmung mit der Kommission abzuändern oder aufzuheben. Wenn auch keineswegs verkannt werden darf, daß diese Organisationen nicht durchgängig fehlerfrei, das heißt nicht nur nach den Grundfragen der Rationalisierung konstruiert sind, so bieten sie dennoch eine geeignete Handhabung zur Einwirkung auf die betreffenden Produktionszweige im Sinne einer rationelleren Organisation. Da man sich im Reichswehrministerium mit dem Problem einer Verstaatlichung des Versicherungswesens befaßt, so wurde diese Materie zunächst mit den Vertretern des Reichswehrministeriums, später auch mit einer Reihe namhafter Interessenten sowie den Vertretern der Aufsichtsbehörden, der Konjunktur- und mit hervorragenden theoretischen Sachleuten eingehend behandelt. Im Vordergrund der Erörterung stand die Frage, ob und in welcher Form ein staatliches Versicherungsmonopol möglich und zweckmäßig sei, und ferner, ob und bis zu welchem Umfang ein solches mit einem Versicherungszwang zu verbinden sei. Dabei wurde die Frage der etwaigen Ersparnis durch den Ausfall der Konkurrenz und die wichtige Frage des Auslandsgeschäfts an der Hand umfassender Unterlagen erörtert.

Die Hauptarbeit der Kommission wurde jedoch bisher dem vornehmsten Sozialierungsproblem gewidmet, der Vergewaltigung des Bergbaues. In täglich stattfindenden kontraktlichen Verhandlungen mit den Vertretern der Bergbehörden sowie der Bundesstaaten, des Privatbergbaues, der Steigerwirtschaft und der Bergarbeiter aus den verschiedenen Kohlenrevieren, schließlich des Kohlenyndikats, des Kohlen Großhandels und der Konjunktur, wurde nach einem gründlich durchdachten Plane das ganze Gebiet durchforstet. Andeutungsweise galten die Erörterungen den Vorzügen und Nachteilen des Staatsbetriebes gegenüber den Privatbetrieben in bezug auf den technischen Fortschritt, in bezug auf die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter, auf die Arbeitsleistung und schließlich auf das Vermögenswesen; ferner den Schwierigkeiten, die der Organisation aus der Betriebsvereinigung mit den nachfolgenden Produktionsstufen erwachsen; fobann den Fragen der Abfahrorganisation und schließlich den etwaigen Formen der Staatskontrolle und der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und am Gewinn. Die Kommission hat es schon jetzt für nötig erachtet, daß durch einen parlamentarischen Akt das private Monopol an den Bodenschätzen gebrochen werde. Sie hat daher dem Rat der Volksbeauftragten den baldigen Erlass einer Verstaatlichung empfohlen, durch welche das Eigentum der Nation an den mineralischen Bodenschätzen ausgesprochen, die Frage der Betriebsorganisation und der Entschädigungsform zwar noch näheren Ausführungen vorbehalten, dagegen die Einwirkung des Staates auf die gesamten technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie und der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Betriebsleitung grundsätzlich sichergestellt

werden sollen. Die nächsten Beratungen werden den folgenden Gebieten gelten:

- weitere Zweige des Berg- und Hüttenwesens,
- Energiewesen (Elektrizität und Wasserkraft),
- Bauhandeln und Fortwirtschaft,
- Kommunalisierungen und Genossenschaftswesen (Bauwesen, Apotheken, Bäckereien, Schlächtereien usw.).

Das Ende der Zentraleinfuhrgesellschaft.

Am 1. Januar 1919 sind alle die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland bearbeitenden Warenabteilungen der Z. E. G. von den Geschäftsabteilungen der für die inländische Bewirtschaftung zuständigen Reichsstellen übernommen worden, die also nummehr alle die Lebensmittel-einfuhr betreffenden Fragen zu bearbeiten haben. Damit hat die aktive Tätigkeit der Z. E. G. aufgehört, und ihrer Zentralverwaltung verbleibt nur noch die Aufgabe, die Abwicklung der noch schwebenden Verbindlichkeiten herbeizuführen. Gegenüber den in letzter Zeit wieder laugeordneten Angriffen gegen die Z. E. G. ist zu bemerken, daß eine gerechte Beurteilung ihrer Tätigkeit erst dann möglich sein wird, wenn der Zeitpunkt herannäht, zu welchem über die ihre Geschäftsführung rechtfertigenden Maßnahmen völlige Klarheit herbeigeführt werden kann. Ein kurzer Bericht über die Gesamttätigkeit der Z. E. G. befindet sich in Vorbereitung, der nach Fertigstellung zur Veröffentlichung gelangen wird.

Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen.

In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugeführt wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Lebensmittel, auch Marktentware, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit öffentlichen Bewirtschaftung beauftragten Stellen (Kriegsgesellschaften, Regierungspräsidenten, Kommunalverbänden usw.) angeboten werden. Soweit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Übernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgelegte Dienststelle zu wenden.

Zum Verkauf von Ersatzlebensmitteln.

In einem Teil der Presse ist behauptet worden, daß der Verkauf von Ersatzlebensmitteln solange erlaubt sei, bis die Nichtgenehmigung amtlich verkündet worden ist. Diese Auffassung der Rechtslage ist unzutreffend. In der Bundesratsverordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 113) ist ganz allgemein bestimmt, daß Ersatzlebensmittel nur verkauft werden dürfen, wenn sie von einer Ersatzmittellstelle genehmigt worden sind. Der Verkauf eines nichtgenehmigten Ersatzlebensmittels ist schlechthin verboten. Eine amtliche Verkündung der Nichtgenehmigung ist in der Verordnung nicht vorgeschrieben. Dagegen ist in der Verordnung bestimmt, daß jeder Händler, der Ersatzlebensmittel erwirbt, dies nur gegen Aushändigung einer Bescheinigung über die erfolgte Genehmigung, die auch durch einen Vermerk auf der Rechnung oder auf der Packung ersetzt werden kann, tun darf. Alle Beteiligten werden daher davor gewarnt, der obigen unzutreffenden Angabe Glauben zu schenken.

Die christlichen Volksbeglückter.

Zu der unter dieser Ueberschrift in voriger Nummer enthaltenen Notiz sendet uns der Sekretär Spindler des christlichen Metallarbeiter-Verbandes in Ulm eine sogenannte Berichtigung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes, dem sie jedoch nicht entspricht. Trotzdem wollen wir sie vollinhaltlich bringen; sie lautet:

1. Es ist nicht wahr, daß bei der Firma Reumer in Leutkirch entgegen der Verfügung des Arbeitsministeriums 8 Stunden gearbeitet wird.

2. Es ist nicht wahr, daß der schon seitdem bekannte Gewerkschaftssekretär Spindler von Ulm mit dem Fabrikanten die Leute nach allen Regeln der Kunst bearbeitete und schließlich zwingt, daß täglich 9 Stunden gearbeitet wird.

Wahr ist vielmehr, daß die Leute einstimmig (auch die paar sozialdemokratisch organisierten Arbeiter), daß die Firma zurzeit sehr viel Aufträge und genügend Rohmaterial hat, Rohlen werden nicht gebraucht, da elektrische Kraft genügend vorhanden, wegen Mangel aber keine weiteren Arbeitskräfte einstellen kann, sich für die neunstündige Arbeitszeit mit je 11stündiger Bezahlung ausgeprochen haben.

Wahr ist auch, daß Spindler eine Eingabe betreffs Genehmigung ans Arbeitsministerium nach Stuttgart richtete. Wer mir daraus einen Strich drehen will, wenn ich die Vorchriften einhalte, den überlasse ich ruhig dem Urteil der Öffentlichkeit. Ich bin es gewohnt, auch der gegenwärtig provisorischen Regierung und deren Anordnungen Folge zu leisten, nicht aus Liebe zu ihr, sondern weil es Vorschriften ist. Wenn das die Herren auf der andern Seite nicht tun oder nicht zu machen brauchen, so ist das ihre Sache.

Auffallend an der Sache ist allerdings, daß diese Eingabe, die nur ans Arbeitsministerium ging, auch der Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes bekannt wurde, das läßt tief blicken und genügt mir."

Zu dieser "Berichtigung" wird uns geschrieben:

1. Die Zustimmung des Arbeitsministeriums ist in allen Fällen erforderlich, wo 8 Stunden gearbeitet wird.

2. Spindler ist gemeinsam mit dem Fabrikanten dafür eingetreten, daß im Interesse der Firma die Arbeiter täglich 9 Stunden arbeiten sollen."

3. Dieser famos Herr Spindler gibt selbst zu, eine Eingabe an das Arbeitsministerium gemacht zu haben, damit dieses erlaubt, daß neun Stunden gearbeitet wird.

4. Das einzig Auffallende dabei ist die geringe Logik, die Spindler in der ganzen Sache entwickelt, wenn er glaubt, daß das Arbeitsministerium nichts Wichtigeres zu tun habe, als die Dummheiten eines Spindler dem Deutschen Metallarbeiter-Verband mitzuteilen.

Wenn etwas Geheimnisvoll bei diesem Herrn vorhanden wäre, dann müßte er sich sagen, daß er laut genug umeinander geschrien hat, er würde schon durch eine Eingabe beim Arbeitsministerium dafür sorgen, daß die Wünsche der Firma erfüllt werden. Und er hat so laut geschrien, daß man es ohne die Vermittlung des Arbeitsministeriums bis nach Stuttgart hörte. Im übrigen kennt die Arbeiterschaft diesen Herrn zur Genüge und seine "Berichtigung" belächelt ja nur die Charakterisierung, die ihm zuteil wurde. D. R. W.

Vom Ausland

Ungarn.

An die Verbandsmitglieder des besetzten Gebietes wendet sich ein Aufruf des Verbandsblattes der Metallarbeiter Ungarns. Es schildert zunächst die Einigkeit, die unter den organisierten Metallarbeitern des früheren ungarischen Staates geherrscht habe. Der Aufruf sagt unter anderem:

Nicht gekünstelte oder künstliche Bindemittel knüpfen die Ausbeutung und die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr. Ein solches Verständnis tragen wir stets zur Schau. Nur natürlich, daß wir innerhalb der Landesgrenzen, trotzdem wir zu verschiedenen Nationalitäten gehörten, als Arbeiter ein einheitliches Ganzes bildeten, wenn auch wir uns sprachlich nicht verstanden. Und unsere gemeinsame Mutter, der Verband, nahm uns mit ungeteilter Liebe in den Schoß. Mit gleicher Liebe und gönzlicher Hingebung. Die Ungarn erhielten das ungarische Fachblatt, die Deutschen das deutsche Fachblatt, die Slowaken das slowakische Fachblatt. Gefordert wurde für die Italiener, damit sie das italienische Blatt des österreichischen Verbandes, die Rumänen das Parteiorgan rumänischer Sozialdemokraten Unarns erhalten. Dies trug in großem Maße

zu, daß wir siegreich vorwärtsdrängen, daß wir unsern gemein-

Der Krieg habe diesen Zustand geändert. Ein Teil des angari-

Wir, im nicht besetzten Gebiete, können ebenfalls keine Tätig-

Der Aufbruch fordert dann die losgerissenen Kollegen auf, nicht zu

Welches Los hat das Land und der ungarischen Nation

Unsere ungarischen Kollegen scheinen — wenigstens bis zu der

Brüder! Kollegen!

Wenn uns die schändlichste Klassenherrschaft nicht trennen

Diesen Ausführungen wird jeder organisierte Metallarbeiter gerne

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Dezember 1918.

Table with 2 columns: Einnahmen (Donn. 100, Berlin XI 400, Berlin XII 300, Berlin XIII 325, Bitterfeld 100, Bries 100, ...)

Table with 2 columns: Ausgaben (Nach Altona 190, Altona 300, Altona 300, Altona 300, ...)

Table with 2 columns: Einnahmen (Hafpe II 150, Hafpe III 300, Gattlingen 120, ...)

Table with 2 columns: Ausgaben (An die Filialen 31124,93, Verwaltungskosten: a) persönliche 3804,65, ...)

Sterbekasse für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter“ (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 4. Quartal 1918.

Table with 2 columns: Einnahmen (Von den Filialen 28062,27, Beitrittsgeld 1, ...)

Table with 2 columns: Ausgaben (An die Filialen 31124,93, Verwaltungskosten: a) persönliche 3804,65, ...)

Abchluß:

Table with 2 columns: Ausgaben 180000,70, Einnahmen 42272,67, ...

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten

Abrechnung über den Unterstützung- und Agitationsfonds vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1918.

Table with 2 columns: Einnahmen (Von Dautzen 10, Berlin III 100, Berlin IV 250, Berlin V 150, ...)

Table with 2 columns: Ausgaben (An die amtierenden Mitglieder: Sitzung Straß, Angsburg, ...)

Table with 2 columns: Ausgaben 8894,90, Einnahmen 8497,70, ...

Berlin, den 18. Januar 1919. Paul Deutschmann.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Etwas aus Unendlichem. Ein neues Energieprinzip von Alfred

Verbands-Anzeigen

Witliederverfassungen. Samstag, 1. Februar: Samsag. (Bomern), Schulz, halb 9.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Döbeln. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum sofortigen Antritt ein Geschäftsführer gesucht.

Wittenberg. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum möglichst baldigen Antritt die Geschäftsführerstelle ausgeschrieben.

Wittenberg. Andreas Schmieger, 63 Jahre, Verleihen. — Albert Kömiger, 46 Jahre, Grippe.